

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 16.10.2014

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.10.2014
Beginn: 19:15 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

ohne Ziffer 4.1, Beschluss

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

Stadträtin Bianca Tröge
ProKT-Stadtratsgruppe
Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt
BP-Stadtratsgruppe
Stadtrat Uwe Hartmann
Ortssprecher
Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Schriftführer
Verwaltungsfachwirt Herbert Müller
Berichterstatter
Verwaltungsrätin Monika Erdel
Bauingenieur Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion
Stadtrat Manuel Müller
SPD-Stadtratsfraktion
2. Bürgermeister Klaus Heisel
Stadträtin Astrid Glos
ProKT-Stadtratsgruppe
Stadtrat Böhm
Ortssprecher
Ortssprecherin Anna Schlötter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Tagesordnung auf den Antrag der FW-FBW, den Punkt „Der Falter; hier: Entscheidung über die mögliche Vertragsverlängerung“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, nachdem der Herausgeber kurzfristig Anmerkungen zur Sitzungsvorlage vorgebracht habe und darüber hinaus die Stellungnahmen und Fragen der Fraktionen und Gruppen in der Sitzungsvorlage nicht berücksichtigt wurden.

Stadtrat Christof möchte wissen, ob die Fristen lt. Vertrag dann noch beachtet werden könnten.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass lt. Vertrag eine Behandlung im Stadtrat über das weitere Vorgehen bis zum 15.10.2014 erfolgen sollte und in Absprache mit dem Herausgeber die Behandlung in der heutigen Sitzung erfolgte. Der Vertrag laufe bis 31.12.2014 und eine Entscheidung am 04.11.2014 müsse seitens des Herausgebers akzeptiert werden.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages auf Absetzung des Tagesordnungspunktes.

beschlossen **dafür 19** **dagegen 7**

Mit dem Antrag der FW-FBW auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 besteht Einverständnis.

1. Neue Geschäftsordnung für den Stadtrat

Verwaltungsrat Hartner geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein und verweist auf die konstituierende Sitzung des Stadtrates vom 06.05.2014, in der die Verwaltung den Auftrag erhielt, einen Geschäftsordnungsentwurf angelehnt an die Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Gemeindetages zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieser wurde verwaltungsintern erarbeitet, abgesprochen und anschließend an sämtliche Stadträte versandt, wobei seitens des Gremiums keinerlei Fragen bzw. Anmerkungen in der Verwaltung eingingen. Einzig ein Antrag der Bayernpartei von Anfang Mai 2014 hinsichtlich des Rederechts in Ausschüssen von Nicht-Mitgliedern.

Er weist darauf hin, dass 80 % - 90 % der bayerischen Kommunen die Mustergeschäftsordnung anwenden. Besonders verweist er auf die geänderten Wertgrenzen und die geänderte Gewichtung zwischen dem Finanzausschuss und dem Verwaltungs- und Bauausschuss, was insofern auch Auswirkung auf den Sitzungsturnus haben würde.

Oberbürgermeister Müller stellt hinsichtlich der Vorgehensweise dar, dass er auf ein paragrafenweises Durchgehen der Geschäftsordnung verzichte und nach der Behandlung des Antrages der Bayernpartei die Meinung der Fraktionen und Gruppen abfragen werde. Die Beschlussfassung ist für die Sitzung am 04.11.2014 geplant.

Stadtrat Hartmann geht im Folgenden auf seinen Antrag ein und begründet sein Rederecht in den Ausschüssen damit, dass er als „Einzelkämpfer“ keinen Sitz in den Ausschüssen habe und er seine Meinung insofern nicht einbringen könne. Ein Rederecht der übrigen Nichtmitglieder der Ausschüsse grenze er insofern ab, als dass diese über die Fraktionskollegen ihre Anfragen bzw. Meinungen kundtun könnten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag, wobei die Vielzahl der Stadträte die Intention des Antragsstellers nachvollziehen könne. Teile des Gremiums würden sich für ein solches Rederecht aussprechen und dies sogar auf sämtliche Stadträte, die nicht Mitglied im Ausschuss sind, ausdehnen. Es wird aber zu bedenken gegeben, dass bei einem Rederecht aller Anwesenden der Grundgedanke eines Ausschusses aufgehoben werde. Darüber hinaus war es in der Vergangenheit gute Praxis, den „Einzelkämpfern“ in den Ausschüssen bei Bedarf ein Rederecht einzuräumen. In diesem Zusammenhang wird auch die Regelung zu den Ortssprechern gesehen, bei denen das Rederecht im Ausschuss auch auf örtliche Gegebenheiten beschränkt ist.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass bei einer Zustimmung des Antrages das Rederecht zwangsläufig für sämtliche Mitglieder gelten würde. Er schlägt vor, dass als Entgegenkommen Stadtrat Hartmann das Wort in den Ausschüssen erteilt werden kann, ohne dass es in der Geschäftsordnung aufgenommen werde. Hiermit könnten sich die Stadträte einverstanden erklären.

Stadtrat Hartmann zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den § 7 Abs. 1 der Mustergeschäftsordnung und der Wahlmöglichkeit bei der Vergabe von Ausschusssitzen bei Stimmgleichheit (Losentscheid oder Stimmenverhältnis bei der Wahl). Er stellt den Antrag, in der Geschäftsordnung der Stadt Kitzingen die Vergabe nach dem Stimmenverhältnis der Wahl auszuwählen, nachdem dies dem Wählerwillen eher entspreche.

Verwaltungsrat Hartner verweist auf die gängige Praxis in den vergangenen Jahren. Darüber hinaus wäre es dann nicht mehr möglich, dass sich die Fraktionen untereinander abstimmen und die Sitze entsprechend aufteilen.

Nach einer kurzen Diskussion bittet Oberbürgermeister Müller um Abstimmung des Antrages von Stadtrat Pauluhn.

abgelehnt **dafür 4** **dagegen 23**

Der Antrag von Stadtrat Pauluhn, in der Geschäftsordnung bei gleichem Anspruch auf einen Ausschusssitz diesen anhand des Stimmenverhältnisses bei der Wahl zu geben, wird abgelehnt.

Oberbürgermeister Müller stellt zur Diskussion, Bürgerversammlungen nur noch alle zwei Jahre in den einzelnen Stadt- bzw. Ortsteilen durchzuführen und innerhalb der Legislaturperiode eine große Versammlung für die gesamte Stadt Kitzingen in der Alten Synagoge abzuhalten. Er begründet das mit dem Personalaufwand sowie mit der geringen Anzahl der Besucher bei den Bürgerversammlungen mit sich zudem wiederholenden Themen.

Stadträtin Wallrapp und Stadträtin Stocker weisen darauf hin, dass in den Ortsteilen auf eine jährliche Information Wert gelegt werde.

abgelehnt **dafür 5** **dagegen 22**

Der Antrag von Oberbürgermeister Müller auf Änderung des Rhythmus auf Abhaltung von Bürgerversammlungen wird abgelehnt.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser ist der Auffassung, dass man der Geschäftsordnung auf Grundlage der Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Gemeindetages zustimmen werde.

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Marstaller erklärt, dass die UsW ebenfalls zustimmen werde.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul kann dem Entwurf nicht zustimmen und erklärt, dass die Entscheidungsbefugnisse des Verwaltungs- und Bauausschusses zu hoch seien und verweist dabei auf die städtebaulichen Grundsatzentscheidungen sowie auf die Verkehrsangelegenheiten. Darüber hinaus empfindet sie die neue Antragsfrist von drei Monaten als zu lange. Die Frist von sechs Wochen sollte beibehalten bleiben.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Für Stadträtin Wallrapp ist ebenfalls die Befugnisverschiebung zum Verwaltungs- und Bauausschuss sowie die neue Antragsfrist von drei Monaten unbefriedigend. Darüber hinaus sind gegenüber der alten Geschäftsordnung viele Punkte gestrichen worden, die sie für wichtig empfand, so beispielsweise:

- vierteljährliche Vorlage von nichtvollzogenen Beschlüssen
- Weiterleitung wichtiger Eingangspost auch an den Stadtrat
- Möglichkeit eine Sitzungsunterbrechung von bis zu einer halben Stunde zu beantragen
- Wegfall der Stellvertreter für die Referenten

Darüber hinaus sollten die Tonbänder der Stadtratssitzung nicht sofort nach der Genehmigung sondern wie bisher auch erst nach 12 Monaten gelöscht werden.

Die FW-FBW-Fraktion könne dem vorgelegten Entwurf in dieser Fassung nicht zustimmen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Christof gibt zunächst die Beratung der Geschäftsordnung, die ohne jede Diskussion und vorheriger Abstimmung in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung erfolgen soll, zu bedenken. Durch die neue Geschäftsordnung werde das Gremium mit vielen Angelegenheiten nicht mehr befasst und die Verwaltung nimmt dem Stadtrat insofern sein Recht auf Mitsprache und Entscheidung. So fallen z. B. die Grundstückstausche, Zuschüsse sowie Angelegenheiten der Stadtplanung weg.

Ebenfalls fehlen grundlegende Aussagen, wie der Oberbürgermeister mit Angelegenheiten der städtischen Tochtergesellschaften umgehen müsse. Darüber hinaus sind die Informationsrechte, trotz Vorliegen einer Informationsfreiheitsatzung nicht mehr enthalten.

Er kritisiert, dass ausschließlich Pflichten jedoch keine Rechte der Stadträte formuliert seien und bei Nichteinhaltung der Pflichten seitens der Verwaltung, der Stadtrat keine Handhabe hätte.

Wenn der Kürzung ein umfassendes Berichtswesen der Verwaltung mit Auflagen und Fristen entgegenstehen würde, könnte er diesem Kompromiss zustimmen, der vorliegenden Geschäftsordnung jedoch nicht.

ÖDP-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schmidt erklärt, dass die ÖDP-Fraktion dem Entwurf so zustimmen könne und erklärt, dass viele andere Städte ebenfalls auf Grundlage dieser Geschäftsordnung die Gremiumsarbeit verrichten. Sollten sich in der Praxis Änderungsbedarf ergeben, so könne der Stadtrat jederzeit eingreifen.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt kann der vorliegenden Geschäftsordnung ebenfalls zustimmen.

BP-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Hartmann könne die Ablehnenden Haltungen nachvollziehen, jedoch werde es bei jeder Änderung unterschiedliche Auffassung geben. Grundsätzlich könne er der Geschäftsordnung im vorliegenden Entwurf zustimmen.

Ohne Abstimmung

Die Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 04.11.2014

**2. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile;
Nachkalkulation 2013 und Vorkalkulation 2014 - 2017**

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Nachkalkulation 2013

Der bei der Nachkalkulation auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse 2013 errechnete Überschuss in Höhe von 36.979,18 € wird gem. § 20 Abs. 4 Satz 2 KommHV einer Sonderrücklage zugeführt und zur Deckung von Fehlbeträgen aus Gebührenmindereinnahmen kommender Jahre verwendet.

2. Vorkalkulation 2014 - 2017

Aufgrund des in der Vorkalkulation auf Basis der durchschnittlichen Haushaltsansätze 2014 - 2017 errechneten Überschusses von 19.280 € werden die Friedhofsgebühren nicht erhöht.

**3. "Der Falter";
hier: Entscheidung über die mögliche Vertragsverlängerung**

zurückgestellt

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt und wird nach Beantwortung der aufgeworfenen Fragen in der Stadtratssitzung am 04.11.2014 behandelt.

4. Sonstiges

**4.1. Bund-Länder-Städtebauförderung - Stadtumbau West - Förderung von Privatmaßnahmen;
Sanierung Deutsches Fastnachtmuseum Luitpoldstr. 4 und Rosenstr. 8/10 -
Antrag auf vorzeitige Auszahlung einer weiteren Rate**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Der vorzeitigen Auszahlung einer weiteren Rate in Höhe der Hälfte des noch einbehaltenen städtischen Anteils an der Schlussrate (47.200 €) von 23.600 € wird zugestimmt.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:30 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt